



Landesamt für Landwirtschaft,
Lebensmittelsicherheit und Fischerei
Mecklenburg-Vorpommern

Thierfelder Straße 18

18059 Rostock

Eingangsstempel

Aktenzeichen:

EU-Betriebsnummer:

Nicht vom Antragsteller auszufüllen!

ANTRAG

auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Fischerei
und Fischwirtschaft aus Mitteln des Europäischen Meeres- und Fischereifonds
(EMFF), des Bundes und des Landes Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2020

Maßnahmebereich:

Befristete Stilllegung von Fischereifahrzeugen 2020 wegen COVID-19-Pandemie

Frist für Antragstellung: ab sofort
spätestens: bis 15. Juni 2020

Antrag bitte vollständig ausfüllen! Bei bitte zutreffendes ankreuzen!

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers (Vor- und Zuname):

Betriebsbezeichnung:

Folgende Angaben nur bei natürlichen Personen

Geburtsort:

Geburtsdatum:

Geschlecht :

1.2 Landkreis/kreisfreie Stadt

1.3 Straße, Nr.

1.4 PLZ

1.5 Ort

1.6 Telefon

1.7 Mobiltelefon

1.8 Telefax

1.9 E-Mail

1.10 Patente (Bitte auflisten):

1.11 Fischereilicher Berufsabschluss

Abschluss als Fischwirt:

ja

nein

Ggf. Nachweis einer gleichwertigen Berufsausbildung

ja

nein

1.12 Bankverbindung (Geschäftskonto) des Antragstellers

Name und Ort des Kreditinstitutes: _____

IBAN: DE _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _ - _ _ _ _

BIC: _____

1.13 Ansprechpartner mit Kontaktdaten (wenn abweichend von 1.1)

Name: _____

Telefon: _____ Fax: _____

Mobiltelefon: _____ E-Mail: _____

1.14 Rechtsform des Antragstellers

Einzelunternehmen GbR GmbH e.G.

Sonstiges:

1.15 Name(n) der/des Geschäftsführer(s) / (entfällt bei Einzelunternehmen)

1.16 Zuständiges Finanzamt

1.17 Mitgliedschaft in einer Erzeugerorganisation (EO)

ja, Name der EO:

nein

1.18 Anzahl der an Bord von Fischereifahrzeugen des Antragstellers tätigen Personen

Antragsteller mit seinen Angestellten insgesamt:

(z.B. Einzelbetrieb: 1,0 GbR mit 2 Personen: 2,0 Einzelbetrieb und eine Halbtagskraft: 1,5)

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Bezeichnung des Vorhabens:

Gewährung von Überbrückungsbeihilfen bei befristeter Stilllegung von Fischereifahrzeugen im Jahr 2020 auf Grund der COVID-19-Pandemie

2.2. Begünstigter Zeitraum

01. April bis 30. Juni 2020

2.3 Grund der Stilllegung

- Die Stilllegung des unter 2.5 genannten Fischereifahrzeugs in dem unter 2.4.2 genannten Zeitraum erfolgte bzw. erfolgt auf Grund der COVID-19-Pandemie.
- Die Erklärung zur COVID-19-bedingten Stilllegung habe(n) ich/wir unter Angabe der Gründe diesem Antrag als Anlage beigelegt.

2.4 Zeitliche Umsetzung

Der Antrag bezieht sich auf den gesamten Zeitraum vom 01. April - 30. Juni 2020.

2.4.1 Fangplan

für das Fahrzeug gem. 2.5, für das eine Unterstützungsleistung beantragt wird

► Alle Monate ausfüllen!	Tage	geplante Liegetage* (z.B. Werft, Reparatur, Anderes) - Tage gesamt -	geplante Fangtage* (Tage abzüglich aller geplanten Liegetage) - Tage gesamt -
<i>Beispiel</i>	31	1	30
April 2020	30		
Mai 2020	31		
Juni 2020	30		

Für alle Monate ausfüllen!

* Ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Stilliegetage („Blocktage“) nach Stilliegeplan (2.4.2), d.h. hier sind nur normale Liegetage wie z.B. Werftliegezeit, Reparatur einzutragen bzw. zu berücksichtigen!

Beispiel:

Mai (31 Tage): Bei 1 geplantem Liegetag (z.B. Werft) verbleiben 30 mögliche Fangtage. Im nachfolgenden Stilliegeplan dürfen je Monat nicht mehr Tage für die Stilllegung verplant werden, als Fangtage angegeben wurden!

2.4.2 Stillegeplan

zur vorübergehenden Einstellung jeglicher Fangtätigkeit meines gesamten Betriebes mit allen Fahrzeugen (Stillliegetage / „Blocktage“) im Zeitraum 01.04. bis 30.06.2020

- Pro Monat können maximal die gemäß Fangplan (2.4.1) geplanten Fangtage als Liegetage beantragt werden.
- Die Überschneidung der COVID-19-Stillliegetage mit den Tagen der geförderten Stilllegung zum Schutz des Dorschbestandes ist nicht zulässig!
- Die geförderte Stilllegung des gesamten Betriebes muss für 30 zusammenhängende Stillliegetage erfolgen.
- Nur in besonderen Fällen kann die geförderte Stilllegung auch für drei 10-Tagesblöcke oder einen 20-Tagesblock und einen 10-Tagesblock erfolgen.

Ich beantrage/wir beantragen die zeitweilige Stilllegung wie folgt für

30 zusammenhängende Stillliegetage

3 x 10 Tage oder 1 x 20 Tage und 1 x 10 Tage

- Ich/wir bestätige(n) hiermit ausdrücklich, dass die blockweise Stilllegung zur Versorgung des Marktes oder zur Direktvermarktung dient.
- Blockweise Stilllegung aus anderen Gründen: Begründung ist als Anlage beifügen!

Block 1

Beginn des Stilllegungszeitraums:

Ende des Stilllegungszeitraums:

Block 2

Beginn des Stilllegungszeitraums:

Ende des Stilllegungszeitraums:

Block 3

Beginn des Stilllegungszeitraums:

Ende des Stilllegungszeitraums:

2.5 Fischereifahrzeug, für das eine Unterstützungsleistung beantragt wird (1 Fahrzeug)

Fischereikennzeichen:	Name:	Heimathafen:
Länge über alles: m	BRZ:	CFR-Nr.:
Antragsteller ist alleiniger Eigner des Fahrzeugs: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein, weitere Eigner sind:.....		
Das Fahrzeug hat 2019 oder 2020 bereits aktiv an der Fischerei teilgenommen: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Das Fahrzeug hat eine gültige Fanglizenz (als <u>Anlage</u> beizufügen): <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

2.6 Weitere Fischereifahrzeuge des Antragstellers (vollständige Auflistung)*

1	Fischereikennzeichen:	DEU-Nr.:	Heimathafen:
2	Fischereikennzeichen:	DEU-Nr.:	Heimathafen:

3	Fischereikennzeichen:	DEU-Nr.:	Heimathafen:
4	Fischereikennzeichen:	DEU-Nr.:	Heimathafen:

**Es sind alle Fischereifahrzeuge des Antragstellers anzugeben inkl. Fischereifahrzeugen, an denen der Antragsteller lediglich beteiligt ist (bitte ggf. Anlage beifügen)!*

2.7 Indikatoren für Maßnahmen nach Art. 33 der VO (EG) 508/2014		
Ergebnisindikator	Ist-Zustand	Durch das Vorhaben geplantes Ergebnis
Arbeitsplätze im Fischereisektor (1.8) (Anzahl Vollzeitstellen) (Anzahl Vollzeitstellen)
Nettogewinn (1.3)	----- (entfällt)	----- (entfällt)

3. Angaben zu Haupterwerb und Fischerei

3.1 Erklärung zu Einkünften des Antragstellers

Die Einkünfte des Antragstellers sind der Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen. Dazu habe ich / haben wir die Gewinn- und Verlustrechnungen (GuV) der letzten drei Jahre (2017, 2018, 2019) als Anlage beigefügt.

Wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung die GuV des letzten Jahres noch nicht abschließend zur Verfügung steht, ist eine vorläufige GuV einzureichen und die abschließende GuV nachzureichen.

ja nein

Ich bin/wir sind Erzeuger im Haupterwerb und habe(n) im Gesamtdurchschnitt der letzten drei Jahre mindestens 60 % meiner/unserer Bruttoeinkünfte aus der Kutterfischerei gem. 2.2 und 4.2 MAF-BMEL bezogen:

ja nein

Ich habe/wir haben im Durchschnitt der letzten drei Jahre einen durchschnittlichen Jahresgewinn von mindestens 10.000 Euro:

ja nein

3.2 Fangtätigkeit des Antragstellers

Ich habe in den letzten beiden Jahren vor Antragstellung (2018-2019) insgesamt mindestens 120 Tage Fangtätigkeiten auf See ausgeübt.

- Bezogen auf den gesamten Fischereibetrieb des Antragstellers, d.h. mit allen Fahrzeugen -

ja nein

(1) Nachweis der Seetage für logbuchpflichtige Fahrzeuge:

Logbuch (liegt dem LALLF bereits vor)

(2) Nachweis der Seetage für nicht logbuchpflichtige Fahrzeuge:

Anlandebelege der Erzeugerorganisation bzw. Fischereigenossenschaft*

Weitere Nachweise wie insbesondere Anlande- und Verkaufsbelege*

Wiegebücher gem. Art. 70 VO (EU) 404/2011*

Anlage zur Monatsmeldung gem. § 24 KüFVO für Seetage (liegt dem LALLF bereits vor)

"Strichliste": Nur wenn keine anderen Belege vorhanden sind!

**Die vollständigen Belege sind jeweils mit einer Auflistung der Tage als Anlage beizufügen!*

3.3 Die Fangtätigkeit meines Betriebes findet nur in der Ostsee statt:

- ja (inkl. aller Küstengewässer und der Bodden) nein, auch außerhalb der Ostsee (Nordsee, Atlantik u.a.)

3.4 Mir/uns wurden Hilfen für die schnelle Unterstützung bei betrieblichen Liquiditätsproblemen aufgrund der Coronakrise 03/2020 gewährt ("Soforthilfe Corona").

(Bundesregelung Kleinbeihilfe 2020 vom 24.03.2020 in der geltenden Fassung)

- nein
- ja: Land M-V Bund
Bescheid vom: 2020 Gewährte Finanzhilfe: Euro
- Ich/wir habe(n) einen Antrag gestellt: Land M-V Bund

3.5 Ich/wir habe(n) sonstige Beihilfen/Unterstützung aufgrund der COVID-19-Pandemie beantragt bzw. mir/uns wurden derartige Beihilfen/Unterstützung gewährt.

- nein
- ja, Art der Beihilfe/Unterstützung:
Antrag bzw. Bescheid vom: 2020 Höhe der Beihilfe: Euro

4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende Unterlagen (soweit zutreffend bitte ankreuzen) ggf. als Kopie beigelegt:

- Satzung oder Gesellschaftsvertrag (entfällt bei Einzelbetrieb)
- Gültige Fanglizenz des geförderten Fahrzeugs
- Nachweis d. Mitgliedschaft in einer anerkannten Erzeugerorganisation
- Berufsnachweise, Patente
- Gewinn- und Verlustrechnungen für 2017, 2018, 2019
- Erklärung zur COVID-19-bedingten Stilllegung
- ggf. besondere Begründung für blockweise Stilllegung
- Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus der nationalen Verstoßdatei (Formblatt)
- Nachweise von Seetagen für nicht logbuchpflichtige Fahrzeuge inkl. Übersicht der Tage

5. Erklärungen

5.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320),

- die Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1),
- die Verordnung EU) 2020/560 des Europäischen Parlamenents und des Rates vom 23. April 2020 zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 508/2014 und (EU) Nr. 1379/2013 hinsichtlich spezifischer Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 130 vom 24.04.2020),
- das durch die Europäische Kommission am 18. August 2015 genehmigte Operationelle Programm des Europäischen Meeres- und Fischereifonds 2014 bis 2020 für die Bundesrepublik Deutschland in der geltenden Fassung,
- die Verordnung (EU) Nr. 1379/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr.1184/2006 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 des Rates,
- die Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates,
- die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Anpassung der Fischereitätigkeit und der Entwicklung der Fischereiflotte (MAF-BMEL) des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) vom 15. Dezember 2015 (Bundesanzeiger Amtlicher Teil vom 23. Dezember 2015, B7) und deren Änderung vom 15.04.2020 (BAnz Amtl. Teil vom 04.05.2020, B2) sowie den Erlass des BMEL vom 28.04.2020, Az 613-61006/0005
- Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt M-V vom 15.05.2020
- § 44 der Bundes- bzw. Landeshaushaltsordnung und die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften

zur Kenntnis genommen habe(n).

- 5.2 Mir/uns ist von der Bewilligungsbehörde bekannt gemacht worden, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen und alle weiteren Tatsachen, von den die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Dies betrifft insbesondere Angaben zum Antragsteller (Nr. 1.1 bis 1.18), Angaben zum Vorhaben, zum Beginn und zur zeitlichen Durchführung des Vorhabens (Nr. 2.1 bis 2.8), Angaben zu Haupterwerb, Einkünften und zur Fischerei (Nr. 3.1 bis 3.4), Anlagen (4.), Erklärungen (5.), Hinweise (6.) sowie sonstige Unterlagen, Anlagen und Erklärungen zum Antrag.
- 5.3 Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Wird durch ein Scheingeschäft oder eine Scheinhandlung ein anderer Sachverhalt verdeckt, so ist der verdeckte Sachverhalt für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionswertes maßgebend.
- 5.4 Ich/Wir bekenne(n) uns zur Betrugsprävention und erkläre(n), dass ich/wir alles in meiner/unserer Macht Stehende unternehmen werden, um Betrugsfälle zu verhindern und aufzudecken und die Verfolgung von Betrugsdelikten zu unterstützen.
- 5.5 Insihgeschäfte sind im Zusammenhang mit einer Förderung nicht zulässig. Ein Insihgeschäft liegt vor, wenn jemand ein Rechtsgeschäft entweder mit sich selbst als Vertreter eines Dritten oder als Vertreter zweier oder mehrerer Parteien abschließt. Ich/Wir erkläre (n), dass mir/uns dieses bekannt ist und kein Insihgeschäft vorliegt.

- 5.6 Mir ist/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt. **Ich/Wir werde(n) der Bewilligungsbehörde jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich anzeigen.**
- 5.7 Ich/Wir erkläre(n), dass für das Vorhaben (zeitweilige Stilllegung aufgrund COVID-19-Pandemie) keine weiteren öffentlichen Finanzierungshilfen bei anderen Stellen beantragt worden sind bzw. beantragt werden. *Hinweis: Dies betrifft nicht die Soforthilfen des Bundes und des Landes für die schnelle Unterstützung bei betrieblichen Liquiditätsproblemen für von der Coronakrise 03/2020 besonders geschädigte Unternehmen ("Soforthilfe Corona").*
- 5.8 Ich/Wir erkläre(n), dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über mein/unser Vermögen kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist, keine Zwangsvollstreckungsmaßnahmen anhängig sind und von mir/uns keine eidesstattliche Versicherung abgegeben wurde.
- 5.9 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns bei einer Annahme der Finanzierung damit einverstanden, in ein der Öffentlichkeit zugängliches Verzeichnis der Begünstigten aufgenommen zu werden. In diesem Verzeichnis wird das geförderte Vorhaben bezeichnet und der Betrag der hierfür bereitgestellten öffentlichen Mittel genannt. (Artikel 119 Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 508/2014).
- 5.10 Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, für das Wirtschaftsjahr der Beihilfegewährung auf Anforderung einen Jahresabschluss zu erstellen, der dem BMEL-Jahresabschluss für das Testbetriebsnetz „Kleine Hochsee- und Küstenfischerei“ entspricht. Der Jahresabschluss ist der zuständigen Behörde auf deren Verlangen bis spätestens 5 Monate nach Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres vorzulegen. Ich bin/ wir sind mit der Verwendung der Daten zu Zwecken des Testbetriebsnetzes einverstanden.
- 5.11 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass das BMEL unter Beachtung der datenschutz- und urheberrechtlichen Bestimmungen, Veröffentlichungen über das Vorhaben in hierfür geeigneten Medien herausgeben sowie im Einzelfall den Namen des Antragstellers sowie Höhe und Zweck der Förderung bekannt geben kann.
- 5.12 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die im Förderantrag angegebenen Daten und die gewährten Subventionen zur Feststellung der Steuerpflicht und Steuererhebung den zuständigen Finanzbehörden übermittelt werden dürfen und die Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens zehn Jahre aufzubewahren sind. Längere Aufbewahrungsfristen bleiben davon unberührt.
- 5.13 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns bereit, im Rahmen der Bearbeitung des Antrages durch die Bewilligungsbehörde Daten (z. B. Indikatoren) im Zusammenhang mit dem Vorhaben auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.
- 5.14 Ich/Wir erkläre(n), im Rahmen des Europäischen Fischereifonds (EFF) oder des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) keinen Betrug im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom (ABl. EG Nr. C 316 vom 27.11.1995, S. 49) begangen zu haben.
- 5.15 Ich/Wir erkläre(n), keine der in Artikel 3 und 4 der Richtlinie 2008/99/EG des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Straftaten (Verstoß gegen Umweltvorschriften wie z. B. §§ 311, 325-330 StGB, §§ 71 und 71a BNatSchG oder §§ 38 38a BJagdG) begangen zu haben.

Mir/Uns ist bewusst, dass die Erklärungen zu Nummer 5.14 und 5.15 für die gesamte Dauer der Durchführung des Vorhabens sowie für die gesamte Laufzeit des EMFF gültig sind. Wird in diesem Zeitraum ein Betrug begangen, kann der Zuwendungsbescheid widerrufen werden.

Im Falle von **Anträgen von Unternehmen der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei** kommt ergänzend folgende Erklärung zu Art. 10 Abs. 5 der EMFF-Verordnung VO (EU) 508/2014 hinzu:

- 5.16 Ich/Wir erklären,

EMFF-Antrag / Vorübergehende Einstellung der Fangtätigkeit 2020 (COVID-19) , Stand: 18. Mai 2020

- a. keinen Verstoß gemäß Artikel 42 der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 des Rates oder Artikel 90 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 begangen zu haben,
- b. nicht am Betrieb, am Management oder am Besitz von Fischereifahrzeugen beteiligt zu sein, die auf der Unionsliste von IUU-Schiffen gemäß Artikel 40 Absatz 3 der Verordnung(EG) Nr. 1005/2008 als nichtkooperierendes Drittland eingestuft sind,
- c. keine schweren Verstöße gegen die GFP-Vorschriften im Sinne anderer Gesetzesgebung des Europäischen Parlaments und des Rates begangen zu haben.

Mir/Uns ist bewusst, dass die Erklärungen zu Nummer 5.16 für die gesamte Dauer der Durchführung des Vorhabens sowie während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Vornahme der letzten Zahlung gültig sind. Wird in diesem Zeitraum einer der o. g. Verstöße begangen, kann der Zuwendungsbescheid widerrufen werden.

6. Hinweise

- 6.1 Mir/Uns ist bekannt, dass für die Bewilligung, Auszahlung, Prüfung der Verwendung, gegebenenfalls die Rücknahme oder den Widerruf des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Zuwendung die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landes- bzw. Bundeshaushaltsordnung und das Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Mecklenburg-Vorpommern Anwendung finden.
- 6.2 Mir/Uns ist bekannt, dass die Europäische Kommission, der Europäische Rechnungshof, der Bundes- und der Landesrechnungshof, das BMEL, das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt M-V sowie die Bewilligungsbehörden das Recht haben, die Einhaltung der Bestimmungen durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen. Dieses uneingeschränkte Prüfungsrecht gem. 8.13 MAF-BMEL ist mir bekannt.
- 6.3 **Mir/uns ist bekannt, dass im gesamten geförderten Zeitraum gem. 2.4.2 dieses Antrags sämtliche Fischereitätigkeiten des Zuwendungsempfängers einzustellen sind. Alle zum geförderten Betrieb gehörenden Fischereifahrzeuge einschließlich Fanggeräte sind durchgängig stillzulegen.**
- 6.4 **Mir/uns ist bekannt, dass Zeiträume, in denen das Fahrzeug z.B. wegen Reparaturmaßnahmen einschließlich garantiebedingter Werftliegezeiten oder sonstiger Umstände nicht in der Fischerei einsetzbar ist, von der Förderung ausgeschlossen sind.**
- 6.5 **Mir/uns ist bekannt, dass bei Fischereifahrzeugen, bei denen die Fischerei mit stationären Fanggeräten erfolgt, in den geförderten Stillliegezeiträumen sämtliche Fanggeräte unbenutzbar zu machen sind.**
- 6.6 Mir/uns ist bekannt, dass die Unterstützung nach Art. 33 der VO (EU) Nr. 508/2014 im gesamten Zeitraum 2014 – 2020 für insgesamt höchstens sechs Monate pro Fischereifahrzeug gewährt werden darf. *Hinweis: Die zeitweilige Stilllegung im Jahr 2020 wegen der COVID-19-Pandemie wird bei dieser Höchstdauer nicht berücksichtigt.*
- 6.7 Mir/uns ist bekannt, dass gem. Art 25 Abs. 1 der VO (EU) 508/2014 das **geförderte Fahrzeug innerhalb der ersten fünf Jahre nach der tatsächlichen Zahlung der Zuwendung nicht nach außerhalb der Europäischen Union übertragen werden darf.** Bei Verstößen gegen diese Regelung wird die gezahlte Zuwendung anteilig bzw. vollständig wieder eingezogen.
- 6.8 Ich/wir habe(n) die nachfolgende Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen und willige(n) hiermit in die Verarbeitung und Nutzung der mich/uns betreffenden personenbezogenen und sonstigen sich aus den Antragsunterlagen und der Förderung ergebenden Daten ein.

Erklärung der Verwaltungsbehörde EMFF (Europäischer Meeres- und Fischereifonds) zur Erfüllung der Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der

Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

Verantwortlicher im Sinne von Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) in Verbindung mit Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung ist das *Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern als Verwaltungsbehörde für den EMFF, Paulshöher Weg 1, 19061 Schwerin*. Als Verwaltungsbehörde für den EMFF tritt ebenfalls das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern auf.

Der *Datenschutzbeauftragte* im Sinne von Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b) in Verbindung mit den Artikeln 37 ff. der Datenschutz-Grundverordnung ist zu erreichen unter der oben genannten Postanschrift des Ministeriums sowie per E-Mail unter m.siebels@lm.mv-regierung.de.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Auszahlung der beantragten Förderung, die vollständig oder anteilig aus Mitteln des EMFF finanziert wird. Sie erfolgt ebenso zur Erfüllung der weiteren Verpflichtungen, die der Verwaltungsbehörde EMFF durch die Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013 (hier insbesondere Artikel 125) und (EU) Nr. 508/2014 (hier insbesondere Artikel 97) auferlegt worden sind. Zu den Verpflichtungen der Verwaltungsbehörde EMFF gehört auch die Veröffentlichung der Begünstigten des europäischen Fonds im Internet. Sofern die betroffene Person ihre Einwilligung in die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegeben hat, ist die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zudem Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) der Datenschutz-Grundverordnung.

Die *personenbezogenen Daten können an folgende Empfänger* im Sinne von Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe e) in Verbindung mit Artikel 4 Nummer 9 der Datenschutz-Grundverordnung *weitergegeben werden*:

- Bescheinigende Stelle / Zahlstelle (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern) als Bescheinigende Stelle / Zahlstelle für den EMFF, Paulshöher Weg 1, 19061 Schwerin
- Interner Revisionsdienst (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern) als Prüfbehörde für den EMFF, Paulshöher Weg 1, 19061 Schwerin
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
- Europäische Kommission, Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei zur Erfüllung der Aufgaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013
- Europäischer Rechnungshof zur Erfüllung der Aufgaben gemäß Artikel 287 des Vertrages zur Arbeitsweise der Europäischen Union
- Bundesrechnungshof zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 88 Bundeshaushaltsordnung
- Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern zur Erfüllung der Aufgaben gemäß § 88 Landeshaushaltsordnung
- Landesamt für Finanzen Mecklenburg-Vorpommern zur Auszahlung der bewilligten Zuwendungen und gegebenenfalls zur Vereinnahmung der wiedereingezogenen Zuwendungen.

Die personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung solange gespeichert, wie dieses unter Beachtung der Aufbewahrungsfrist gemäß Artikel 140 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 für die jeweilige Aufgabenerfüllung (Verwaltung, Kontrolle, Prüfung und Überwachung des EMFF) erforderlich ist. Die Daten werden mindestens bis zum 31.12.2027 gespeichert. Bei Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen werden die Daten nach dem Jahr, in dem die betreffenden Beträge vollständig bei dem Begünstigten wiedereingezogen und dem Fonds gutgeschrieben wurden, oder nach dem Jahr, in dem die finanziellen Folgen der Nichtwiedereinziehung bestimmt wurden, noch mindestens drei Jahre lang gespeichert. Im Falle eines Verfahrens vor Gericht werden die Daten noch mindestens ein Jahr nach Abschluss dieses Verfahrens gespeichert.

Von der Verarbeitung *betroffene Personen* haben nach der Datenschutzgrundverordnung *folgende Rechte*:

- Werden personenbezogene Daten verarbeitet, so hat die von der Verarbeitung betroffene Person das Recht, Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten

(Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit §§ 5 und 6 des Landesdatenschutzgesetzes).

- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht der von der Verarbeitung betroffenen Person ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 der Datenschutz-Grundverordnung).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so kann die von der Verarbeitung betroffene Person die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung).
- Wenn die von der Verarbeitung betroffene Person in die Datenverarbeitung eingewilligt hat oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierten Verfahren durchgeführt wird, steht ihr gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Artikel 20 der Datenschutz-Grundverordnung).
- Wenn die von der Verarbeitung betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die Datenschutz-Grundverordnung verstößt, kann sie jederzeit eine Beschwerde hiergegen bei dem Landesbeauftragten für Datenschutz erheben (Artikel 77 der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 19 Landesdatenschutzgesetz). Die *Beschwerde* ist zu richten an:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Mecklenburg-Vorpommern, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin.

- 6.9 Mir/Uns ist bekannt, dass die Bewilligungsbehörde zur Entscheidung über den Antrag eine schriftliche Auskunft der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) über Inhalte der nationalen Verstoßdatei zu Eintragungen für schwere Verstöße gemäß § 13 Seefischereigesetz (SeeFischG) benötigt. Der dafür gem. § 14a SeeFischG erforderliche Antrag auf Auskunft zur Vorlage bei der Bewilligungsbehörde ist als Anlage beizufügen.
- 6.10 **Mir/uns ist bekannt, dass eine Überschneidung der Stillliegetage für die befristete Stilllegung aufgrund der COVID-19-Pandemie mit den Tagen der geförderten befristeten Stilllegung zum Schutz des Dorschbestandes im Jahr 2020 nicht zulässig ist.**
- 6.11 **Mir/uns ist bekannt, dass die Überbrückungsbeihilfen grundsätzlich für 30 zusammenhängende Stilliegetage gewährt werden. Die blockweise Stilllegung für drei 10-Tagesblöcke oder einen 20-Tagesblock in Verbindung mit einem 10-Tagesblock kann nur auf besonders begründeten Antrag gewährt werden. Sofern ich/wir die blockweise Stilllegung beantrage(n), wird hiermit bestätigt, dass dies zur Versorgung des Marktes oder zur Direktvermarktung dient. Falls die blockweise Stilllegung aus anderen Gründen erfolgt, habe(n) ich/wir eine gesonderte schriftliche Begründung beigefügt.**
- 6.12 **Bei der Inanspruchnahme von Soforthilfen des Bundes und des Landes für die schnelle Unterstützung bei betrieblichen Liquiditätsproblemen für von der Coronakrise 03/2020 besonders geschädigte Unternehmen ("Soforthilfe Corona") kann es durch die Unterstützungsleistungen für die zeitweilige Stilllegung aufgrund der COVID-19-Pandemie ggf. zu einer Überkompensation kommen. Mir/uns ist bekannt, dass in solchen Fällen durch mich/uns, ggf. in Abstimmung mit dem Landesförderinstitut M-V, eine Prüfung auf Überkompensation vorzunehmen ist.**

Mir/uns ist bekannt, dass die Bewilligungsbehörde weitere zur Entscheidung über den Antrag notwendige Angaben oder Unterlagen verlangen kann. Der Antragsteller erklärt sich bereit, ggf. erforderliche weitere Angaben und Unterlagen auf Anforderung vorzulegen.

Ich versichere/wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und in allen weiteren Antragsunterlagen gemachten Angaben.

Ort, Datum	(Stempel) Rechtsverbindliche Unterschrift(en)
------------	--